

Washington News

Nr. 3 vom 24. Januar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Agrar- und Unternehmensverbände beklagen US-Zölle auf Stahl und Aluminium**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zur Steuerreform**
- **ENERGIE: US-Verteidigungsministerium warnt vor Auswirkungen des Klimawandels**
- **DIGITAL: Strategische Ziele der Nachrichtendienste**
- **Weltbankprojekte generieren viele Aufträge im Transport- und Wassersektor**
- **Abteilungsleiter für Europapolitik im Außenministerium tritt zurück**
- **Positionspapier der US Chamber zu China**
- **AICGS Konferenz zu China**

Diese Woche in Washington

Der *Government Shutdown* dauert jetzt seit über einem Monat an. Der Senat wird voraussichtlich am 24. Januar über zwei verschiedene Gesetzentwürfe zur Aufhebung der Haushaltssperre abstimmen. Einer dieser Vorschläge sieht die Finanzierung für die Mauer an der mexikanischen Grenze vor, der zweite nicht. Eine Verabschiedung gilt jedoch als unwahrscheinlich.

Unterdessen warnt Kevin Hassett, der Vorsitzende des *Council of Economic Advisers* (CEA) im Weißen Haus, dass die US-Wirtschaft als Folge des Shutdowns im ersten Quartal 2019 wenig oder gar kein Wachstum verzeichnen könnte. Noch rechnet CEA mit einem Wachstum des BIP von 1,7%, aber jede Woche des *Shutdowns* könnte diese Zahl um 0,1 Prozentpunkte reduzieren.

Wegen des Regierungsstillstands konnte außerdem keine US-Delegation am *World Economic Forum* in Davos teilnehmen. US-Außenminister Mike Pompeo hielt allerdings eine [Rede](#) per Video-Übertragung aus Washington, in der er internationale Organisationen kritisierte – Nationalstaaten könnten ihre Bürger besser vertreten, so Pompeo. Er betonte, dass wirtschaftliche Sicherheit für die nationale Sicherheit eines Landes essentiell sei.

Mit großer Mehrheit (357-22) verabschiedete das Repräsentantenhaus eine [Resolution](#) zur Unterstützung der NATO. Die Abgeordneten lehnen einen möglichen Austritt aus dem NATO-Abkommens ab. Allerdings fordern sie die NATO-Mitgliedstaaten auf, ihre Beiträge für die Militärausgaben zu erhöhen. (ch)

Kurzmeldungen

Abteilungsleiter für Europapolitik im Außenministerium tritt zurück

Am 22. Januar bestätigte ein Pressesprecher des US-Außenministeriums den baldigen Rücktritt von A. Wess Mitchell, Abteilungsleiter des Büros für europäische und eurasische Angelegenheiten im US-Außenministerium. Mitchell betonte, dass sein Rücktritt nicht auf die Außenpolitik der Trump-Administration zurückzuführen sei. Stattdessen wolle er mehr Zeit mit seiner Familie verbringen. US-Außenminister Mike Pompeo lobte Mitchells großartige Arbeit. Mitchell leitete die Abteilung seit Oktober 2017. Ab 15. Februar übernimmt seine bisherige

Zölle auf Stahl und Aluminium

Mehrere US-Agrar- und Unternehmensverbände haben in einem am Mittwoch veröffentlichten [Brief](#) die Section 232-Zölle auf Stahl und Aluminium stark kritisiert. Der Brief an den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und den US-Handelsminister Wilbur Ross, richtet sich gegen die von der US-Administration verhängten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus Kanada und Mexiko. Mehr als 30 Verbände haben den Brief unterzeichnet, darunter der *American Chemistry Council*, der *National Pork Producers Council*, der *US Dry Bean Council*, und die *US Chamber of Commerce*.

Die Verfasser des Briefs argumentieren, dass der Schaden der US-Zölle und der von Mexiko und Kanada verhängten Vergeltungszölle die möglichen positiven Effekte des neu unterzeichneten USMCA-Abkommens aufheben würden. US-Unternehmen müssen jetzt höhere Preise für Stahl und Aluminium zahlen und spüren auch die Auswirkungen der Vergeltungszölle. Die Verbände fordern die US-Administration deswegen auf, die Stahl- und Aluminiumzölle gegen Kanada und Mexiko unverzüglich auszusetzen. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zur Steuerreform

Das US-Finanzministerium hat [Richtlinien](#) zur Umsetzung eines Steuerabzugs für sogenannte *Pass-Through*-Unternehmen (z.B. Einzelunternehmen, Partnerschaftsgesellschaften) veröffentlicht. Unternehmen werden als *Pass-Through* bezeichnet, wenn ihre Geschäftseinkommen in der Einkommenssteuererklärung des Geschäftsinhabers angegeben werden und daher nicht mit dem Körperschaftsteuersatz, sondern mit dem individuellen Einkommensteuersatz besteuert werden. Laut dem Think Tank *Tax Foundation* sind mehr als 90% der Unternehmen in den USA als *Pass-Through* eingestuft.

Die US-Steuerreform hat eine Steuererleichterung von 20% für diese Unternehmen geschaffen, weil der Körperschaftsteuersatz bei 21% und der höchste Einzelsteuersatz bei 37% liegen. Deswegen könnte dieser Abzug die *Pass-Through*-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen.

Der Zeitraum für die Einreichung der Steuererklärungen für das Jahr 2018 beginnt am 28. Januar. Jedoch sind das Finanzministerium und die Steuerbehörde (IRS) aufgrund des anhaltenden *Shutdowns* teilweise geschlossen. Der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Richard Neal (D-MA), hat Finanzminister Steven Mnuchin eingeladen, an einer Anhörung über die Auswirkungen des *Shutdowns* auf die IRS und die Steuerzahler teilzunehmen. Mehr als 45.000 Mitarbeiter der IRS werden ohne Bezahlung arbeiten, falls der *Shutdown* nicht gelöst wird. Mnuchin lehnte die Einladung ab. (ch)

Stellvertreterin
Elisabeth Millard die
Position. (ch)

Positionspapier der US Chamber zu China

Ein 143-seitiges [Positionspapier](#) der *US Chamber of Commerce* und der *American Chamber of Commerce in China* empfiehlt der US-Administration, bei den andauernden Verhandlungen mit China auf einen strukturellen Wandel, insbesondere bzgl. geistigen Eigentums und Technologietransfer, zu drängen. Konkret schlagen die Verbände eine zweistufige Strategie vor. Demnach sollte China zunächst dazu gezwungen werden, problematische Politikmaßnahmen und Gesetze zu verändern. In einem zweiten Schritt sollten neue langfristige Rahmenbedingungen für Chinas wirtschaftliche und handelspolitische Praktiken geschaffen werden, die durch die WTO durchgesetzt werden könnten. (kw)

AICGS Konferenz zu China

Das American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) veranstaltete am 22.01. eine Konferenz zum Thema „Transatlantic Responses to a Global China“. Dr. Stefan Mair, Mitglied des Vorstands des BDI stellte die wichtigsten Ergebnisse des [BDI-Grundsatzpapiers zu China](#) vor. Dr. Mair

ENERGIE: US-Verteidigungsministerium warnt vor Auswirkungen des Klimawandels

Das US-Verteidigungsministerium (*Pentagon*) legte dem Kongress am 18. Januar einen [Bericht](#) über die Auswirkungen des Klimawandels auf die US-Streitkräfte und die nationale Sicherheit vor. In der 22-seitigen Analyse stellt das Pentagon fest, dass von 79 untersuchten Militär-, Luftwaffen- und Navy-Stützpunkten 53 durch Überschwemmungen, 43 durch Dürren und 36 durch Waldbrände bedroht sind. Das Pentagon bezeichnete den Klimawandel als ein Problem für die nationale Sicherheit mit potenziellen Auswirkungen auf Verteidigungsmissionen, Einsatzpläne und Militärbasen. Diese Einschätzung steht im Widerspruch zu der offiziellen nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses, in welcher der Klimawandel nicht in der Liste der nationalen Sicherheitsbedrohungen genannt wird. Es ist unklar, inwieweit das Weiße Haus an der Erstellung des Pentagon-Berichts beteiligt war.

Senator Jack Reed (D-RI), der führende Demokrat im *Armed Services*-Ausschuss des Senats, beschrieb den neuen Bericht als unzureichend. Adam Smith (D-WA), der Vorsitzende des *Armed Services*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, kritisierte das Pentagon, weil der Bericht keinen Plan zur Behebung der Sicherheitsrisiken enthalte. (ch)

DIGITAL: Strategische Ziele der Nachrichtendienste

Dan Coats, der Direktor der nationalen Nachrichtendienste (DNI), veröffentlichte die [National Intelligence Strategy](#) (NIS). Der alle vier Jahren erstellte Bericht stellt die strategischen Ziele der 17 US-Nachrichtendienste dar. Die USA würden in den nächsten Jahren damit konfrontiert, dass andere Nationen die internationale Ordnung schwächen, die Dominanz westlicher demokratischer Ideale unterminieren sowie die zunehmenden isolationistischen Tendenzen im Westen ausnutzen würden. Genannt werden Russland, China, Nordkorea und Iran sowie einige nichtstaatliche Akteure und terroristische Bedrohungen.

Viele der strategischen Ziele sind nicht neu, aber der Bericht stellt dar, wie die US-Nachrichtendienste auf die Bedrohungen in den Bereichen Weltraum, Cyberspace, digitale Infrastruktur und andere neue Technologien reagieren sollten: Demnach könnten Anti-Satelliten-Waffen die militärische Stärke der USA im Weltraum beeinträchtigen und Cyberbedrohungen das Vertrauen in globale Institutionen, Governance-Systeme und Normen untergraben. Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Hochleistungscomputer führten nicht nur zu wirtschaftlichen Vorteilen, sondern könnten auch Streitkräften und Nachrichtendiensten anderer Länder Vorteile gegenüber den USA verschaffen. Der Bericht enthält erstmals auch ein Kapitel zum Thema Transparenz, in dem die Nachrichtendienste aufgefordert werden, vermehrt bestimmte Informationen mit der Öffentlichkeit zu teilen. (ch)

erklärte die Position des BDI gegenüber China und betonte, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken müsse, um mit China unter einheitlichen Wettbewerbsbedingungen konkurrieren zu können. Im Anschluss an die Veranstaltung nahm Dr. Mair verschiedene Termine mit Wirtschafts- und Regierungsvertretern wahr. (kw)



Weltbankprojekte generieren viele Aufträge im Transport- und Wassersektor

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Ob bei der branchenspezifischen Anpassung der Vergaberegeln oder bei der Entwicklung innovativer Vorhaben im Bereich Digitalisierung: Die Weltbank setzt vermehrt auf Dialog mit Firmen.

Die klassischen nationalen Entwicklungsvorhaben machen weiterhin den mit Abstand größten Anteil des Weltbank-Portfolios aus. Im Geschäftsjahr 2018, von Juli 2017 bis Juni 2018, sagte die Bank (International Bank for Reconstruction and Development und International Development Association) insgesamt 47 Milliarden US\$ zu. Die Schwerpunktsektoren waren öffentliche Verwaltung und Energie, mit jeweils 7 Milliarden US\$. Indien, Äthiopien und Bangladesch erhielten in der Summe die höchsten Zusagen für neue Projekte. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Caitlin Hickey

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

